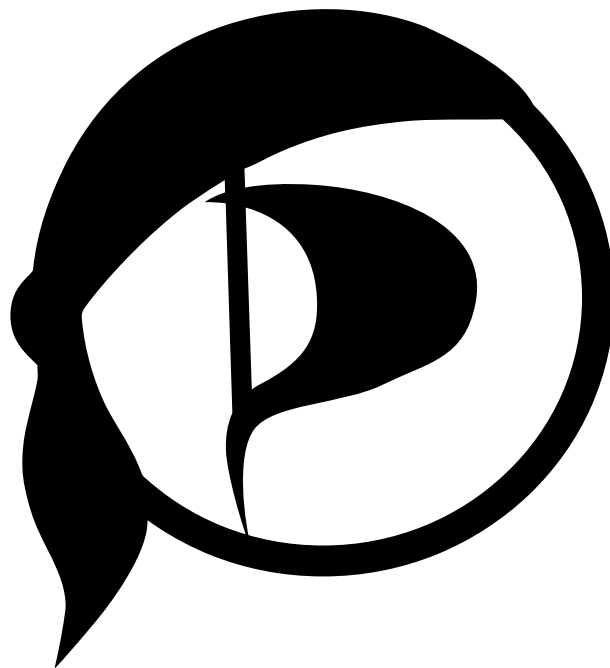


# **Junge Piraten**

## **Stellungnahme zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag**



**Susanne Graf, Heiko Herberg, Andreas Schieberle, Simon Siebert**



## **Vorwort**

Die Jungen Piraten erkennen die Wichtigkeit des Jugendschutzes an. Auch im Internet müssen Kinder vor den Gefahren, die nicht geeignete Inhalte ausüben, geschützt werden.

Das Internet ist ein Medium, in das jeder Inhalte auf verschiedensten Wegen einstellen kann. Die dadurch entstehende Inhaltvielfalt ist Fluch und Segen des Internets und erfordert eine besondere Betrachtung.

Das Internet ist ein globales Medium, das darüber hinaus dezentral funktioniert. Ein Jugendschutz, der sich gegen die unzähligen Anbieter von oft kostenlosen Inhalten richtet, kann die vielfältigen Möglichkeiten des Netzes, die es zu dem zentralen Medium der heutigen Zeit machen, zerstören.

## **Der Jugendmedienschutzstaatsvertrag**

### Seine Inhalte und die Stellungnahme der Jungen Piraten dazu

Die Jungen Piraten lehnen den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in der geplanten Form ab. Der Maßnahmenkatalog erzeugt eine schwer kontrollierbare Kontrollstruktur, welche es kleinen Internet-Publizisten und kleinen Seiten sowie Projekten, die gezielt Kinder ansprechen - beispielsweise Kinder und Jugendfreizeiten, die grundsätzlich ein sehr begrenztes Budget haben - schwer macht weiter im Internet präsent sein zu können und dort Informationen für Eltern und Kinder auf einfache Weise zur Verfügung zu stellen.

Die Verpflichtung der Zugangsprovider ausländische Webseiten die sich nicht an den deutschen Jugendschutz halten zu blockieren bedeutet bei Betrachtung der anderen Punkte die Schaffung eines "Deutschlandnetzes" weil die Mehrheit der Seitenbetreiber im Ausland keinen Grund hat Gelder für die Einhaltung des deutschen Jugendschutz zu investieren.

Dadurch wird die Recherche im Internet auf deutsche Seiten beschränkt, was eine ausgeglichene Meinungsbildung beeinträchtigt. Dadurch wird es einem unter Umständen unmöglich gemacht Informationen zu bestimmten Themen zu erreichen. Dies trifft insbesondere Schüler und Studenten. deutschen Seiten derart erschwert, dass es für Menschen in manchen Teilen der Welt und den dazugehörigen Zeitzonen unmöglich ist Informationen aus Deutschland via Internet zu erhalten. Dies trifft insbesondere im Ausland lebende Deutsche.

Dies kommt einer Zensur gleich und übertrifft sogar Chinas "Great Red Firewall".

Die Einführung einer verpflichtenden Sendezeitregelung im Internet ist ein Maßnahme die die Realität verfehlt. Der Charakter des Internets als Medium, welches auf Abruf Informationen und Unterhaltung aller Art bietet, wird hierdurch zerstört. Außerdem gelten in jedem Land andere Zeitzonen, wodurch das Aufrufen ausländischer Informationen für die Jugendlichen erschwert wird.

Die Verpflichtung für Blogger und Anbieter von Seiten mit sog. "User-Generated-Content" den Nachweis zu erbringen, dass sie den so erzeugten Inhalt zeitnah prüfen und Inhalte die "geeignet sind die Entwicklung junger Menschen zu beeinträchtigen" entfernen, sorgt für eine ungeahnt große Bürokratie ohne konkreten Nutzen. Das Netz als dynamisches Mitmachmedium in dem jeder Inhalte produzieren kann, ist nicht 24/7 kontrollierbar. Einem Seitenbetreiber dies aufzuerlegen macht das publizieren von Inhalten (z.B. Bloggen) zum Vollzeitjob und ist unzumutbar. Viele Webseitenbetreiber werden gezwungen sein ihre Angebote nur für Volljährige zu öffnen, was Jugendliche von vielen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten ausschließt. Hiermit wird besonders der Prozess der politischen Willensbildung in der Jugend erschwert.

Die Kategorisierung der Inhalte in "ab 0,6,12,16 oder 18 Jahre" sperrt Jugendliche aus dem Internet aus. Dies betrifft vor allem die Sozialen Netzwerke, die bisher ab 14 Jahre zugänglich sind. Dadurch werden beliebte Plattformen wie etwa "SchuelerVZ", die sich bemühen ein altersgerechts Netzwerk für ihre Zielgruppe zu sein, vor große Probleme gestellt. Es wird Jugendlichen erschwert, altersgerechten Umgang im WWW zu finden. Soziale Netzwerke dienen auch als Einstieg um das Internet kennenzulernen und auf die Gefahren hinzuweisen. Auch das SchuelerVZ macht auf diese Gefahren aufmerksam. Wenn Jugendlichen nun diese Möglichkeiten genommen werden haben sie



nichtmehr die Möglichkeit mit gleichaltrigen in einer abgesicherten Umgebung zu kommunizieren sondern sind auf sich allein gestellt. Die Zensur nach Altersgerechtigkeit hilft hierbei nicht weiter, da sie auch trotz Zensur an falsche Menschen und Inhalte gelangen können.

Die Einführung einer verpflichtenden Altersfreigabekennzeichnung sowie eines verpflichtenden Altersverifizierungsystems birgt für Inhaltsschaffende im Internet Kosten und Aufwand, die für viele nicht finanzier- oder leistbar sind. Das Internet als multikulturelles Medium würde durch den finanziellen Aufwand den damit jeder einzelne Seitenbetreiber hat, zu einem von den "Global" bzw. "National Player" dominierten Medium, ähnlich dem Fernsehen. Die multikulturelle, soziale Schichten übergreifende und politisch breit gefächerte Inhaltstruktur des Internets in Deutschland würde auf ein Minimum derer reduziert, die sich "Jugendschutz leisten können". Politisch kritische Stimmen und Aktionen wie der AK-Vorrat, welcher mit sehr eingeschränkten Mitteln begann, wären mit einer derartigen Infrastruktur nicht möglich, da sie nur ein sehr kleines Publikum im Netz erreichen könnten.

Aus diesen Gründen lehnen wir die oben genannten Maßnahmen vollumfänglich ab, da sie sowohl die Netzneutralität angreifen als auch zensurartige Maßnahmen umfassen. Die Verpflichtung beispielweise von Bloggern, die Kommentare zu überprüfen und gegebenenfalls zu entfernen ist in den von dem Staatsvertrag gefordertem Umfang nicht zumutbar und führt unserer Ansicht nach dazu, dass freier Austausch im Internet eingeschränkt wird.

## **Abschließende (alternative) Empfehlung**

Die Kosten, die ein System der Altersverifikation im Internet mit sich bringen würden, müssen stattdessen in Aufklärungsarbeit für Eltern und Lehrer fließen. Dadurch würden Kinder und Jugendliche fachlich kompetente Ansprechpartner erhalten, an die sie sich mit Fragen und Unsicherheiten wenden können. Viele Schulen stellen Vertrauenslehrer zur Verfügung, die eine genaue Ausbildung bekommen haben, wie sie mit Mobbingopfern und ähnlichen umzugehen haben. Alternativ zum Vertrauenslehrer, muss ein Medienlehrer an Schulen eingesetzt werden um Kindern und Eltern Fragen zum Internet zu beantworten und bei Problemen zu helfen. Eine gute, fachgerechte Aufklärung ist mehr Wert als eine Zensur, deren Sinn Kinder noch nicht verstehen können.

Mit diesem Wissen ausgestattet, können Eltern ihre Kinder im Internet begleiten und sie auf potentielle Gefahren aufmerksam machen und dafür sensibilisieren.

Für Fernseher schon weit verbreitet, bei Computern leider noch nicht, ist eine Software, die eine Kindersicherung einbaut. Somit wird den Eltern freigestellt, zu welchen Uhrzeiten und welchen Internetseiten die Kinder Zugriff haben. Das Gespräch von Eltern und Kindern über neue Medien wird dabei ebenfalls angeregt, was Eltern hilft zu verstehen, was den Reiz an Computern und Internet für ihre Kinder bietet.

Nicht staatliche Kontrolle sondern Gespräche von Kindern und Jugendlichen mit Eltern und fachkompetenten Personen sind die Lösung für kritische Inhalte im Internet. Eine Altersbegrenzung ist nie perfekt, da jedes Kind eine andere Schmerzgrenze hat. Wenn Eltern individuell auf ihre Kinder eingehen und danach ihr eigenes System sichern, wird für jedes Kind die geeignete Lösung erzielt.

## **Schlusswort**

Wir Junge Piraten stehen daher für bessere Aufklärungsarbeit an Schulen für Schüler sowie Eltern und hoffen auf mehr Engagement und Einflussnahme dieser, wenn es um Verbesserungen der Medienkompetenz von Heranwachsenden geht.

Die Politik, sowie die Medien, müssen nun den Rahmen schaffen, damit dies möglich ist.